

---

# **WAS DEMOKRATEN GEGEN RECHTSEXTREME TUN KÖNNEN**

---

**HANDREICHUNGEN ZUM HANDELN**

**AKTIONSBÜNDNIS GEGEN GEWALT, RECHTSEXTREMISMUS UND FREMDENFEINDLICHKEIT (HRSG.)**

# INHALT

---

- 03 EDITORIAL
- 07 STRATEGIE DER EXTREMEN RECHTEN
- 11 IDEOLOGIE DER EXTREMEN RECHTEN
- 15 NEONAZISTISCHE GRUPPEN UND PARTEIEN  
IN BRANDENBURG
- 17 KLEIDUNG UND SYMBOLIK DER EXTREMEN  
RECHTEN
- 19 VERSAMMLUNGEN UND DEMONSTRATIONEN
- 23 HANDLUNGSFELD KOMMUNE
- 27 WAS TUN BEI VERANSTALTUNGEN?
- 29 HAUSRECHT DURCHSETZEN
- 32 CHECKLISTE
- 35 LITERATUR
- 36 ADRESSEN
- 39 INFORMATIVE INTERNETANGEBOTE
- 43 MITGLIEDER DES AKTIONSBÜNDNISSES
- 44 IMPRESSUM

# VORAB

---

→ »Vor allem in Zeiten von Wahlkämpfen versuchen Rechtsextreme, sich in der Öffentlichkeit mit ihren Parolen Gehör zu verschaffen – ob auf Veranstaltungen, in Vereinen oder mit Kundgebungen und Demonstrationen. Ihren Denk- und Verhaltensweisen wie Sozialdemagogie, Rassismus, Antisemitismus und Gewalt gegen Personen müssen wir konsequent entgegentreten. Überall dort, wo Rechtsextremisten versuchen, sich als normale Diskussionspartner zu präsentieren, müssen wir aktiv werden. Dass menschenverachtende Parolen und Taten als Teil der ›Normalität‹ angesehen werden könnten, dürfen wir nicht hinnehmen. Denn genau darauf setzen die Rechtsextremisten: Auf Gewöhnungseffekte und lokale Akzeptanz.« →

## HEILGARD ASMUS

Generalsuperintendentin des Sprengels Cottbus, Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-Schlesische Oberlausitz; Vorsitzende des Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit



# EDITORIAL

---

Am Anfang steht oft Verunsicherung, wenn man sich mit professionell agierenden Rechtsextremist/innen konfrontiert sieht. Die Anlässe dafür mehren sich: In Städten und Dörfern treten sogenannte Kameradschaften und NPD-Parteigliederungen mit Demonstrationen, Mahnwachen, Infoständen, Stadtteil- und Kinderfesten, als Kandidat/innen im Wahlkampf oder sich tolerant und gesprächsoffen gebende Veranstaltungsteilnehmer/innen in Erscheinung. Die demokratisch gesinnte Mehrheit macht es sich mit angemessenen Reaktionen und zivilgesellschaftlicher Gegenwehr nicht selten schwer. Oft ist ihr nicht bewusst, wie und in welcher Form sie sich gegen diese Entwicklung wehren kann. Diese Handreichung will dazu ermutigen, sich offensiv mit den Inhalten der extremen Rechten auseinanderzusetzen, ihnen differenziert entgegenzutreten und sich der Mittel bewusst zu werden, die Demokrat/innen dabei zur Verfügung stehen. Sie wendet sich an alle, die daran interessiert sind, demokratische Kultur und Werte zu verteidigen, beispielsweise an Kommunalpolitiker/innen, Sozialarbeiter/innen, engagierte Bürger/innen und Behörden.

**IMMER WIEDER GELINGT ES NEONAZISTISCHEN GRUPPEN** und rechtsextremen Parteien wie der DVU und der NPD, sich in Szene zu setzen. Nicht zuletzt im Vorfeld von Wahlen ist eine Zunahme rechtsextremer Aktivitäten zu beobachten. Das kommt nicht von ungefähr: »Da, wo wir Gesicht zeigen können, stellen sich über kurz oder lang Erfolge ein«, fasst Klaus Beier, Bundespressesprecher der NPD und Vorsitzender der Partei in Brandenburg, das Kalkül zusammen, das hinter dieser Strategie steht. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.2.2007, S. 3) Gezielt versuchen Rechtsextreme durch moderates Auftreten, breiten gesellschaftlichen Raum für die eigenen Inhalte zu schaffen und möglichst viele Menschen an sich zu binden.

**BEISPIEL ORANIENBURG:** In den Publikumsreihen des Kreistages sind regelmäßig Anhänger/innen der NPD zu finden. In der Stadt verteilen Vertreter/innen der NPD Flugblätter. Die NPD versucht verstärkt auf sich aufmerksam zu machen. »Wie gehen wir mit Vertretern und Vertreterinnen der NPD in der Öffentlichkeit um?«, hieß deshalb eine Diskussion, zu der die Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg Ende April

2007 eingeladen hatte. Die Diskussion, die sich im Anschluss an die Thesen auf dem Podium ergab, war ein Lehrstück: Etwa 35 Interessierte waren gekommen – acht davon bekannten sich zur NPD. Über weite Strecken dominierten die sich zumeist betont höflich gebenden NPD-Anhänger/innen das zweistündige Gespräch.

**NEONAZIS WISSEN GENAU** zwischen den Adressaten zu unterscheiden. Werden gegenüber dem eigenen politischen Spektrum die politischen Ziele sehr offen formuliert, versucht man sie gegenüber den Bürger/innen und der Öffentlichkeit zu verschleiern. So kommt es zu der absurd anmutenden Situation, dass Rechtsextreme öffentlich Toleranz und demokratischen Meinungsstreit einfordern – wenn sie sich Gehör verschaffen wollen –, während sie gleichzeitig Menschen, die nicht in ihr Weltbild passen, zusammenschlagen und lebensgefährlich verletzen.

**SICH AUF MEINUNGSFREIHEIT ZU BERUFEN** und Toleranz einzuklagen, verunsichert viele kommunale Verantwortungsträger/innen und Engagierte in Schulen, demokratischen Institutionen, Vereinen und Parteien. Denn oft sind Neonazis nicht auf den ersten Blick und ohne fundiertes Wissen als solche zu erkennen. Sie bieten rhetorisch geschickt einen Dialog an und geben sich als scheinbar legitime Partner im demokratischen Wettbewerb aus. Gespeist wird diese Unsicherheit zum Teil aus einem unklaren Demokratieverständnis. Wenn Demokratie bedeutet, verschiedene Meinungen zu respektieren und einen für alle offenen und fairen Wettstreit von Meinungen zu gewährleisten, gilt das dann nicht auch für Rechtsextreme?

**EIN AUSSCHLUSS VON RECHTSEXTREMEN** hat jedoch nichts mit mangelnder Toleranz zu tun. Es handelt sich dabei vielmehr um die demokratische Ächtung rechtsextremer Positionen. Diese Ächtung ist nicht vergleichbar mit dem Vorgehen der Rechtsextremen gegenüber ihren politischen Gegner/innen und denjenigen, die nicht in ihr Weltbild passen. Denn Ächtung und Ausschluss erfolgen auf der Basis eines demokratischen und menschenrechtsorientierten Standpunkts und mit dem Ziel, Neonazis und Rechtsextremen keine Plattform zu bieten, ihre Ideologie zu propagieren.

**GANZ IN DIESEM SINNE** haben sich auf Initiative des Falkenseer Bündnisses gegen Rechts und dem Projekt Fair und cool statt Rassismus und Gewalt Vertreter/innen von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, DIE LINKE, FDP und SPD auf einen gemeinsamen Umgang mit rechtsextremen Parteien im Kommunalwahlkampf 2008 verständigt. Mit allen zur Verfügung stehenden demokratischen Mitteln soll versucht werden, ihren Einzug in die Stadtverordnetenversammlung zu verhindern. Gemeinsam und abgestimmt will man entsprechenden Kandidaturen begeben. Zum verabredeten Umgang gehört, kein gemeinsames Podium mit einer rechtsextremen Partei zu

bestreiten, aber auch sich inhaltlich mit den Politikangeboten der extremen Rechten auseinanderzusetzen.

**DIESES VORGEHEN MACHT SINN:** Zwar gilt es, sich mit den Inhalten der extremen Rechten auseinanderzusetzen, allerdings ohne sich von ihnen die Form diktieren zu lassen. Weltanschaulich gefestigte Neonazis sind Argumenten nicht zugänglich. Sie wollen Aufmerksamkeit erregen, politisch Andersdenkende durch ihre Präsenz einschüchtern und sich gegenüber ihrem eigenem Klientel in Szene setzen. Differenziert muss hingegen mit jenen rechtsorientierten Jugendlichen umgegangen werden, deren Weltbild als noch nicht gefestigt gelten kann. Die von ihnen artikulierten Vorurteile und Haltungen können und sollten in sachlichen und persönlich authentisch geführten Diskussionen hinterfragt und widerlegt werden.

**DIESE BROSCHÜRE WILL** konkrete Handlungsanleitungen zum Umgang mit Rechtsextremen geben. Sie will das selbstbewusste demokratische Handeln stärken. Den Einfluss der extremen Rechten im öffentlichen Diskurs zu ignorieren, ist der falsche Weg. Denn alle Erfahrungen zeigen, dass nur durch die konsequente und gemeinsame Zurückweisung die Versuche der extremen Rechten erfolgreich zum Scheitern zu bringen sind, die Meinungsführerschaft in einer Region zu übernehmen.

**WIR DANKEN** der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR), den Berliner Netzwerkstellen [moskito] und Licht-Blicke sowie dem Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e. V. (apabiz) sowie der Arbeitsstelle Rechtsextremismus des Vereins Miteinander e. V. für die Genehmigung des Nachdrucks einiger Texte für diese Broschüre.



# STRATEGIE DER EXTREMEN RECHTEN

---

Die extreme Rechte nutzt unterschiedliche Methoden der öffentlichen Selbstdarstellung inzwischen immer professioneller. Dominierten in den 1990er Jahren gewalttätige Naziskinheadgruppen das öffentliche Bild des Rechtsextremismus, so ist heute eine Mischung aus taktisch zurückhaltendem Auftreten sowie neuen politischen und kulturellen Aktionsformen zu beobachten. Das reicht von Protestaktionen auf der Straße, der Organisation von Sportveranstaltungen bis hin zur Werbung von Jugendlichen mit kostenlosen CDs und der Teilnahme an Wahlen.

**AUF WELCHE METHODEN** die extreme Rechte zurückgreift, um sich bei der Bevölkerung ins Gespräch zu bringen, war Ende Mai 2007 in der Region Strausberg zu beobachten. Die NPD reichte im Ortsblatt eine Anzeige ein, in der sie der Freiwilligen Feuerwehr der Gemeinde Petershagen/Eggersdorf zum 100-jährigen Bestehen gratulierte. Die Annonce wurde sofort bar bezahlt. Der Bürgermeister, auch Herausgeber der Zeitung, intervenierte, die NPD-Anzeige blieb ungedruckt. Landesparteichef Klaus Beier protestierte – und kündigte an, das Geld für die Annonce nun der Feuerwehr zu spenden.

**EINE ANZEIGE IM ORTSBLATT ZU SCHALTEN**, scheint auf den ersten Blick nichts mit Politik zu tun zu haben. Aber dieses Vorgehen ist sehr wohl in eine Strategie eingebettet, mit der die extreme Rechte versucht, ihren Einfluss in der Bevölkerung zu vergrößern und Berührungspunkte abzubauen. Um ihre ideologischen Inhalte der Öffentlichkeit zu präsentieren, greifen Neonazis mittlerweile auf verschiedene Formen zurück: z. B. scheinbar seriöse Pressemitteilungen, den gezielten Besuch von öffentlichen Veranstaltungen oder Verleumdungen kommunaler Funktionsträger/innen.

**KÖNIGS WUSTERHAUSEN, 1. OKTOBER 2007:** Bereits auf dem Weg zu der Veranstaltung »Strategie und Taktik der NPD« im Saal der Stadtverwaltung bekommen die Besucher/innen anschaulich diese Mixtur unterschiedlicher Aktionsformen vor Augen geführt. Da der NPD zuvor schon bei einer Veranstaltung der Zutritt verweigert worden war, rief sie per Pressemitteilung zu einer Protestkundgebung am Veranstaltungsort auf. Vor dem Saal hatten sich 40 Anhänger/innen der rechten Szene mit

Transparenten postiert. Ein Plakat trug die unverhohlene Drohung: »Wer ne dicke Lippe riskiert, bekommt sie auch«. Als zwei Rechte in den Saal wollten, machte der Bürgermeister von seinem Hausrecht Gebrauch und verweigerte ihnen zusammen mit dem Polizeichef von Königs Wusterhausen angesichts des aggressiven Auftretens ihrer Kameraden den Zutritt. Die Rechten zogen daraufhin empört durch die Stadt.

**DIE ÖFFENTLICHE KONFRONTATION** mit dem politischen Gegner bezeichnet die NPD als »Wortergreifung«. Darunter wird eine Vielzahl von Aktionsformen verstanden, die von Aufmärschen über Mahnwachen und Infoständen bis zur Androhung von Gewalt gegenüber politisch Andersdenkenden reicht.

**RECHTSEXTREME HALTEN SICH** in der Öffentlichkeit formal an die bestehenden Gesetze und versuchen das Bild zu vermitteln, sich im »ganz normalen, demokratischen« Meinungsspektrum zu bewegen. Mit ihren Besuchen von öffentlichen Veranstaltungen verfolgen sie z. B. ein strategisches Ziel: Die Teilnahme erfolgt gezielt mit der Absicht, die Meinungsführerschaft in solchen Veranstaltungen zu übernehmen. Strategie der Rechtsextremen ist die »Wortergreifung immer und überall«. Diskussionen sollen dominiert, aktuelle gesellschaftliche Themen rechtsextrem besetzt werden. Dieses Vorgehen wählen geschulte Kader um:

- ➔ den politischen Gegner verbal zu attackieren, zu provozieren und möglichst bloßzustellen,
- ➔ im persönlichen Gespräch die politischen Ziele der Rechtsextremen im Verwandten- und Bekanntenkreis, am Arbeitsplatz und im Verein unaufdringlich und stärker als bisher in die Öffentlichkeit zu tragen,
- ➔ Kontakt zu neuen (politisch interessierten) Personengruppen herzustellen,
- ➔ durch phantasievolle Aktionen öffentliche Aufmerksamkeit zu erregen, beispielsweise durch das überraschende Entrollen von Transparenten im Rahmen großer öffentlicher Ereignisse,
- ➔ Veranstaltungen des politischen Gegners oder parteipolitisch neutrale Versammlungen kosten- und auflagenfrei zu Propaganda- bzw. Werbeveranstaltungen für rechtsextreme Ideologien umzufunktionieren,
- ➔ durch umfangreiche Wortbeiträge und Darstellungen der eigenen Positionen öffentliche Veranstaltungen und deren Verlauf zu bestimmen.

**DER GEGENÜBER SOLL** dadurch gezwungen werden, sich zu nicht selbst gewählten Bedingungen mit rechtsextremen Inhalten auseinanderzusetzen. Der Parteivorsitzende Udo Voigt fasste diese Strategie auf dem NPD-Bundesparteitag 2004 so zusammen: »Drängen wir ihnen unsere Gedanken auf, ja zwingen wir sie dazu, sich mit

uns, unseren Forderungen und Zielsetzungen zu beschäftigen.« (In: Die Wortergreifungsstrategie im nationalen Befreiungskampf »Arbeit – Familie – Vaterland«, Rede zum NPD-Bundesparteitag 2004, 30./31. Oktober, S. 10) Diese Äußerung zeigt, dass es Neonazis entgegen der weitverbreiteten Meinung nicht alleine um die Störung um der Störung willen geht, sondern um einen kalkulierten Versuch als legitime Diskussionspartner Gehör zu finden.

**UM ALS GLEICHBERECHTIGTER DISKUSSIONSPARTNER** akzeptiert zu werden, greifen Neonazis zu einer einfachen, leider aber wirksamen Form der Verstellung. Da eine öffentliche Akzeptanz mit originär neonazistischen Themen nicht zu erreichen ist, eignet man sich Themen und Aktionsformen an, die in der Bevölkerung als vermittelbar gelten. Daher wählen neonazistische Gruppen für ihre öffentlichen Auftritte so irreführende Eigennamen wie »Jugendinitiative gegen Kriminalität« oder »Bürgerinitiative gegen Drogen«. Ebenso gehören Unterschriftensammlungen, Mahnwachen und Flugblattaktionen in ihr Repertoire. In der öffentlichen Selbstdarstellung versucht man, das Klischeebild des kahlköpfigen Schlägers zu vermeiden. Stattdessen tritt man als scheinbar normaler politischer Akteur auf, der berechnete Interessen innerhalb des demokratischen Meinungsspektrums artikuliert. So beschwerte sich der NPD-Bundesgeschäftsführer, Frank Schwerdt, beispielsweise schriftlich beim Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit gegen den »Ausschluss bestimmter Personen«, als dieses mit Hinweis auf das Hausrecht bei einer Podiumsdiskussion in Potsdam im Dezember 2007 ankündigte, Rechtsextremen würde der Zutritt zu der Veranstaltung verwehrt.

**BEI DIESEM VORGEHEN** geht es aus Sicht der Neonazis immer um einen Kampf um die Deutungshoheit und die Möglichkeit, öffentliche Räume mit eigenen Themen zu besetzen. Gelingt es ihnen etwa in einer Bürgerversammlung unhinterfragt als authentische Interessenwahrer mit eindeutig rechtsextremen Botschaften aufzutreten, so ist das als ein Erfolg im Sinne der Wortergreifungsstrategie zu werten. Denn dies stellt – gewollt oder ungewollt – ihre Aufwertung innerhalb der politischen Öffentlichkeit dar. Grundsätzlich gilt jedoch: Neonazis können nur jene öffentlichen Räume besetzen, die ihnen zuvor aus falsch verstandener Toleranz geöffnet wurden. Haben sie diese einmal besetzt, fällt es schwer, sie ihnen wieder zu entziehen und zu verweigern.

**DIE VERSCHIEDENEN AKTIONSFORMEN** der extremen Rechten müssen als zwei Seiten ein und derselben Medaille gesehen werden. Eine Trennung in friedliche und dialogbereite Neonazis und solche, die nur zuschlagen, führt in die Irre. Denn Gewalt, Ausgrenzung und Einschüchterung sind elementare Bestandteile des politischen Programms, der politischen Strategie und der Ästhetik der extremen Rechten.



# IDEOLOGIE DER EXTREMEN RECHTEN

---

Rechtsextremismus umfasst eine breite Palette an Einstellungsmustern. Die Ideologie der extremen Rechten basiert auf einer generellen Vorstellung der Ungleichwertigkeit von Menschen. In ihr wird die Ein- und Ausschließung von Menschen nach rassistischen und antisemitischen Kriterien vorgenommen, die völkisch definierte Nation zum zentralen Bezugspunkt gemacht. Die politische Auseinandersetzung erfolgt nach einem strikten Freund-Feind-Muster. Demokratie als zentrale Regelungsform gesellschaftlicher Konflikte wird von Rechtsextremen abgelehnt.

## RECHTSEXTREME UND IHRE INTERPRETATION DER MENSCHENRECHTE

**AUFGRUND DER ERFAHRUNGEN MIT DEN NATIONALSOZIALISTISCHEN VERBRECHEN** nehmen die Menschenrechte im Grundgesetz eine besondere Stellung ein. Folgerichtig heißt es bereits in Artikel 1 GG: »Die Würde des Menschen ist unantastbar.« Die Menschenrechte stellen den unveräußerlichen Kern des Grundgesetzes dar. Dem Staat kommt die verfassungsrechtlich niedergeschriebene Aufgabe zu, die Menschenwürde zu schützen und zu achten.

**IN DER VÖLKISCH DEFINIERTEN GEMEINSCHAFT** der NPD entscheidet hingegen die ethnische Abstammung des/der Einzelnen über seine/ihre Rechte. Im Programm der NPD heißt es unter Punkt 1 vergleichsweise unverfänglich: »Volkstum und Kultur sind die Grundlagen für die Würde des Menschen.« (Parteiprogramm der NPD, Berlin, 10/2004, Ziffer 1) Bereits hier wird der eklatante Unterschied zur Idee der individuellen Freiheitsrechte deutlich, wie sie dem Grundgesetz zugrunde liegt: In einer humanistischen Ordnung kommt jedem Menschen seine Würde aus sich selbst heraus zu. Alle sind gleich, unabhängig von Geschlecht, Hautfarbe, Herkunft, Religion oder sexueller Orientierung. Dass in der Vorstellungswelt von Rechtsextremen die Interessen des Volkes über denen des Individuums stehen, zeigt beispielhaft der Auszug aus dem NPD-Programm, der Staat trage Verantwortung für das Volk. Einen Schutzanspruch des Individuums gegenüber staatlicher Willkür ist im Weltbild der NPD nicht vorgesehen.

## **DIE SOZIALE FRAGE**

**DIE »SOZIALE FRAGE«** entwickelte sich vor dem Hintergrund der sich verschärfenden gesellschaftlichen Verteilungskonflikte in den vergangenen Jahren zum Dreh- und Angelpunkt extrem rechter Programmatik. Im Frühjahr 2008 begann beispielsweise auch in Brandenburg die NPD ihre bundesweite Kampagne mit dem Motto »Sozial geht nur national«. Bereits Anfang der 1990er Jahre begann die NPD, das bis dahin von ihr vernachlässigte Feld der Wirtschafts- und Sozialpolitik programmatisch zu füllen und diese Themen in ihre Propaganda zu integrieren. Unter dem Solgan eines »nationalen Sozialismus« offeriert die Partei seitdem eine angeblich historisch unbelastete Variante des Nationalsozialismus. Dabei stellt der Begriff »Volksgemeinschaft« den Schlüssel zum Verständnis des Gesellschaftsbildes der NPD dar: ethnisch homogen, politisch gleichgeschaltet und antiliberal. Dieser völkischen Logik folgend findet sich bei der NPD die Forderung nach einer Vergabe von Arbeitsplätzen nur für Deutsche bei gleichzeitiger »humaner Rückführung« der hier lebenden Migrant/innen.

**BEWUSST VERSUCHEN RECHTSEXTREME PARTEIEN** und Gruppierungen, antikapitalistische Begrifflichkeiten und Parolen der politischen Linken zu übernehmen. Forderungen wie die nach Ausschluss von Migrant/innen aus den sozialen Sicherungssystemen oder nach Zahlung von Kindergeld nur an deutsche Familien verdeutlichen jedoch die Bedeutung des Rassismus in der rechtsextremen Konzeption.

## **PARLAMENTARISMUS UND DEMOKRATIE**

**OBWOHL DIE NPD ZU WAHLEN ANTRITT** und in Kommunal- und Landtagsvertretungen mehr oder weniger erfolgreich politische Arbeit betreibt, lehnt sie die Prinzipien der Demokratie grundsätzlich ab. Nach dem Einzug der NPD in den sächsischen Landtag 2004 erläuterte Parteichef Udo Voigt im Interview mit der rechten Wochenzeitung Junge Freiheit die langfristige Aufgabe seiner Partei: »Es ist unser Ziel, die BRD ebenso abzuwickeln, wie das Volk vor fünfzehn Jahren die DDR abgewickelt hat. Dies geht offensichtlich auch über die Wahlurne.« (Jungen Freiheit, 24.9.2004, S. 3)

**DIE NPD IST ALSO KEINE PARTEI** wie jede andere. Sie sieht sich selbst als »systemopponentelle Kraft« gegen ein angebliches Kartell aus Medien und den »Systemparteien«. Der Demokratie stellt sie die Idee einer »hierarchischen Volksgemeinschaft« entgegen, in der sich das Ausmaß der politischen und sozialen Beteiligung wie auch die Rechte der/des Einzelnen aus der Abstammung der Menschen ableitet.

**GENAUES HINSEHEN** ist daher bei vermeintlich demokratischen Forderungen von Rechts dringend geboten. So dient z. B. der Ruf nach Stärkung des Amtes des Bundespräsidenten allein der Schwächung des Parlaments, das als »träge und ineffektiv« abgelehnt wird. Überhaupt wird das demokratische System, an dem alle partizipieren dürfen, als Gegner angesehen. Die NPD hätte lieber »leistungs- und gemeinschaftsorientierte Eliten« an der Spitze des Staates.

**NEONAZISTISCHE GRUPPEN UND DIE NPD** agieren in der Bundesrepublik legal, solange ihnen keine konkrete Straftat nachgewiesen wird. Die Tatsache dieser juristischen Legalität sagt aber nichts über die demokratische und menschenrechtliche Legitimität dieser politischen Strömung aus. Neonazistische Politik besitzt in Deutschland keine demokratische Legitimität. Wie dargestellt, nutzen neonazistische und rechtsextreme Gruppen die Demokratie, um ihre Abschaffung zu betreiben. Diesem instrumentellen Verhältnis gilt es seitens der demokratischen Zivilgesellschaft entschieden Grenzen zu setzen. Dabei kann und sollte keinesfalls allein auf das Handeln von Sicherheitsbehörden wie Polizei und Justiz gesetzt werden. Neonazis und Rechtsextremen, die von ihnen beanspruchte Legitimität zu entziehen, kann dazu auch einen Beitrag leisten.



FREIWILLIG

30 km



wegen uns!!

# NEONAZISTISCHE GRUPPEN UND PARTEIEN IN BRANDENBURG

---

Die extreme Rechte in Brandenburg geht auf Vorläufer zurück, die zum Teil noch in der Spätphase der DDR entstanden sind. Legale rechtsextreme Gruppen existieren in Brandenburg seit der Wiedervereinigung. Sie erhielten Zulauf im Zuge der ausländerfeindlichen Gewaltwellen seit Beginn der 1990er Jahre. Seitdem haben sie sich als Milieu, teils als organisatorisches Netzwerk stabilisiert. Neben neonazistischen »Kameradschaften« sind in Brandenburg zwei rechtsextreme Parteien aktiv: Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) und die Deutsche Volksunion (DVU).

**DIE DVU** ist im Brandenburger Landtag mit sechs Abgeordneten vertreten, daneben hat sie vor allem im Süden des Landes Einfluss auf die Kommunalpolitik. Doch auch in Brandenburg ist die DVU eine »Phantompartei« ohne aktives Parteileben, wie es für die gesamte Bundesrepublik festzuhalten ist. Die Stärke der DVU in Brandenburg hängt damit zusammen, dass die NPD bei den Landtagswahlen 2004 auf eine eigene Kandidatur verzichtete. Am selben Tag zog die NPD in Sachsen in den Landtag ein. Daraufhin verabredeten 2005 beide Parteien den sogenannten Deutschlandpakt. Kern dieser Vereinbarung ist die Aufteilung von Wahlen auf Landes- und Bundesebene, d. h. kein Antritt gegeneinander. Brandenburg ist demnach »DVU-Land«.

**IM VERGLEICH DER OSTDEUTSCHEN BUNDESLÄNDER** ist die NPD in Brandenburg eher schwach organisiert. Die Partei unternimmt allerdings in letzter Zeit vermehrt Anstrengungen, ihre Parteiorganisation im Land auszubauen. Ziel ist es, bis spätestens zu den Landtagswahlen 2009 im gesamten Land vertreten zu sein. Neben der Neugründung oder Wiederbelebung einiger Orts- und Kreisverbände versucht die NPD durch ihrer sogenannten Wortergreifungsstrategie öffentliche Aufmerksamkeit zu erlangen. Ungeachtet ihrer schlechten Ausgangsbedingungen ist die NPD in Brandenburg zu einem Bezugspunkt für die extreme Rechte geworden. Ihr gelingt zunehmend die Integration des organisierten und milieuförmigen Rechtsextremismus.

**AUCH DIE NEONAZISTISCHEN »KAMERADSCHAFTEN«** sind in Brandenburg nach einer Reihe von Verboten und Selbstaflösungen eher schwach organisiert. Das im Sommer 2006 ausgesprochen Verbot des Schutzbund Deutschland führte zur Selbstaflösung des Märkischen Heimatschutzes, des Lausitzer Aktionsbündnisses und des Sturm Cottbus. Dennoch ist die Szene in einigen Regionen, wie der Lausitz, dem Westhavelland oder Barnim-Uckermark, weiterhin präsent. Die Kameradschaften sind hier eng mit anderen, nicht so stark ideologisch motivierten Jugendszenen wie der Hooliganszene verflochten. Auch ist eine Hinwendung der Kameradschaftsszene zur NPD bzw. ihrer Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten zu beobachten.

**NEBEN DEN IN BRANDENBURG AKTIVEN LANDESVERBÄNDEN** von DVU und NPD und lokalen/regionalen Kameradschaften existiert ein verfestigtes rechtsextremes Milieu, das sich nicht an Parteien bindet, aber über Jugend- und Musikszene und deren subkulturelle und ökonomische Infrastruktur an den Rechtsextremismus angeschlossen und partiell auch für politische Aktionen oder Wahlen mobilisierbar ist.

**SCHLIESSLICH WIRKEN** im Land einige Organisationen von überregionaler Bedeutung – wie der Freundeskreis Halbe, die Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige (HNG) oder das Deutsche Rechtsbüro in Birkenwerda. Aktiv ist auch die Heimmattreue Deutsche Jugend (HDJ) und ihr regionale Gliederung Einheit Preußen, die immer stärker an die Stelle der seit 1994 verbotenen Wiking Jugend tritt. In Brandenburg organisiert sie mit anderen Organisationen zusammen jährlich den Märkischen Heimattag.

# KLEIDUNG UND SYMBOLIK DER EXTREMEN RECHTEN

---

In den letzten Jahren hat die rechtsextreme Szene eine Vielzahl von Symbolen, Codes und Zeichen entwickelt. Diese Entwicklung spiegelt sich in einem stilistischen Wandel und in einer Verbreiterung der Symbolpalette wider. Die Skinästhetik weicht einem, dem Mainstream angepassten, modisch-athletischen Erscheinungsbild. Poppige Farben und Flammenwände ersetzen schwarz-weiß-rot und Frakturschrift, kloßige Springerstiefel werden gegen Sportschuhe bestimmter Marken ausgetauscht. Dies macht den Umgang mit Träger/innen dieser Symbole sehr viel schwieriger, da nur wenige von denen, die T-Shirts oder Sportschuhe tragen, auch Neonazis bzw. Rechte sind.

**WEIT VERBREITET** unter der extremen Rechten sind Kleidungsstücke mit offensichtlich rechtsextremen Slogans, wie T-Shirts mit der Aufschrift »Rassist«, »White Pride« oder »Mein Freund ist Deutscher«. In diese Gruppe fällt auch Kleidung mit offensichtlichen Symbolen des Nationalsozialismus wie z. B. dem Hakenkreuz oder dem SS-Totenkopf. Da diese Symbole und Codes leicht zu entschlüsseln sind, weichen Rechtsextreme häufig auf Ersatzsymbole aus, die dem Laien auf den ersten Blick nicht als NS-Symbole erkennbar sind.

**VOR ALLEM ZAHLENCODES** spielen hier eine große Rolle, da so klare politische Bekenntnisse zum Nationalsozialismus in einer nichtstrafbaren Form gezeigt werden können. Dabei werden den Buchstaben des Alphabets in der Reihenfolge ihrer Aufzählung Zahlen zugeordnet. So steht zum Beispiel 88 für HH, die Abkürzung für »Heil Hitler«. Auch Buchstabenabkürzungen werden häufig benutzt, wie HK für »Hakenkreuz« oder R.A.C. für »Rock Against Communism«.

**NEBEN DEN ALTBEKANNTEN** NS-Symbolen greifen die Designer/innen der rechten Szene heute vermehrt auf für Laien unbekannte Symbole der germanischen Mythologie zurück. Insbesondere Runen wie die Lebensrunne (im NS Zeichen der NS-Frauenschaft) oder die Tyr-Runne (Zeichen der 32. SS-Division) finden dabei Verwendung. Sehr beliebt und in unzähligen Variationen zu finden, ist der sogenannte Thorhammer.

**IM LAUFE DER ZEIT** entwickelten sich innerhalb der Szene auch neue Symbole und Logos, die entweder von Musikgruppen oder von rechtsextremen Vereinigungen als Erkennungszeichen verwendet werden. Ein in vielen Logos wiederzufindendes Symbol ist das im Nationalsozialismus vom Reichsarbeitsdienst verwendete Zahnrad. Dieses wird heute zumeist (in Kombination mit zwei gekreuzten Zimmermannshämmern) als Symbol des weltweiten, rechten Skinheadnetzwerkes »Hammerskins« oder mit diesem sympathisierenden Gruppen verwendet.

**IM GEGENSATZ** zu den oben benannten Logos und Symbolen, die auf allen möglichen Kleidungsstücken verschiedenster Produzenten auftauchen können, gibt es auch bestimmte Marken, die von Herstellern mit rechtem Hintergrund direkt für die Szene produziert werden. Das bekannteste Beispiel kommt aus Brandenburg: die Bekleidungsmarke »Thor Steinar« der in Königs Wusterhausen beheimateten MediaTex GmbH. Nach Einschätzung des Brandenburger Verfassungsschutzes gilt die Marke als »szenetypisches Erkennungs- sowie Abgrenzungsmerkmal« der extremen Rechten.

**ES IST JEDOCH ZU BEACHTEN**, dass nicht alle in der rechten Szene häufig getragenen Marken primär für Rechtsextreme konzipiert sind. Während z. B. die Marke »Consdaple« (bei Abdeckung der ersten und letzten Buchstaben bleibt die Abkürzung NSDAP sichtbar) ausschließlich rechte Käufer beliefern will, distanzieren sich andere subkulturelle Firmen, wie z. B. »Hooligan«, von rechtsextremem Gedankengut. Dies hält jedoch viele Rechtsextreme nicht davon ab, diese Marken zu kaufen.

**NEBEN DEN HIER** beispielhaft aufgeführten Marken und Symbolen gibt es unzählige weitere Codes, die in der rechten Szene verwendet werden. Mehr Informationen liefert die Broschüre »Das Versteckspiel« und die gleichnamige Homepage (Adressen im Anhang). Außerdem ist zu bedenken, dass sich Neonazis nicht immer »szenetypisch« kleiden, sondern häufig vollkommen unauffällig sind. Kleidung kann immer nur ein Indiz für eine Gesinnung sein.

# VERSAMMLUNGEN UND DEMONSTRATIONEN

---

Für Neonazis und die NPD spielen Versammlungen und Demonstrationen eine große Rolle. Kaum ein Wochenende vergeht ohne rechten Aufmarsch irgendwo in Deutschland. Das regelmäßige öffentliche Auftreten soll die NPD und ihre Themen in der Öffentlichkeit präsent halten und zur Verbreiterung ihrer Inhalte beitragen. Auch bedient dieser Aktionismus das neonazistische Umfeld und ist ein Mittel, Jugendliche vor Ort anzusprechen. Teil einer rechten Demonstration zu sein, vermittelt den Teilnehmenden ein konkretes Gemeinschaftsgefühl, die Identifizierung mit der Szene wird gestärkt. Durch das Skandieren von Parolen, Gespräche untereinander und Reden von rechtsextremen Funktionär/innen werden Weltanschauungen vermittelt und gefestigt. Gleichzeitig geht von Demonstrationen immer wieder Gewalt aus, sie schaffen ein Klima der Einschüchterung und Bedrohung.

**ALLERDINGS STEHEN DEMONSTRATIONEN UND KUNDGEBUNGEN** unter besonderem Schutz des Grundgesetzes. In Artikel 8 GG heißt es: »Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.« Dieses Grundrecht ist aus guten Gründen nur in sehr engem Rahmen beschränkt bzw. beschränkbar. Gemäß § 1 Abs. 1 des Gesetzes über Versammlungen und Aufzüge (Versammlungsgesetz) hat jedermann das Recht, öffentliche Versammlungen und Aufzüge zu veranstalten und daran teilzunehmen. Dies gilt auch für Rechtsextreme.

**DAS VERSAMMLUNGSGESETZ** sieht in § 1 Abs. 2 jedoch einige Ausnahmen vor. Demnach sind von diesem Recht ausgenommen:

- ➔ Personen, die das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit gemäß Artikel 18 GG verwirkt haben oder
- ➔ Personen, die mit der Veranstaltung die Ziele einer nach Artikel 21 Abs. 2 GG

durch das Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärten Partei fördern wollen sowie

- für verfassungswidrig erklärte Parteien selbst und nach Artikel 9 Abs. 2 GG verbotene Vereinigungen.

Obwohl die Versammlungsfreiheit grundsätzlich auch für Rechtsextreme gilt, kann unter bestimmten Umständen nach § 16 des Versammlungsgesetzes eine Demonstration verboten bzw. es können bestimmte Auflagen erlassen werden. Dies gilt insbesondere für Aufmärsche, wenn

- die Versammlung oder der Aufzug an einem Ort stattfindet, der als Gedenkstätte von historisch herausragender, überregionaler Bedeutung an die Opfer der menschenunwürdigen Behandlung unter der nationalsozialistischen Gewalt- und Willkürherrschaft erinnert, und
- konkrete Umstände vorliegen, die befürchten lassen, dass durch die Versammlung oder den Aufzug die Würde der Opfer beeinträchtigt wird.

Nach Landesrecht zählt hierzu in Brandenburg auch der Waldfriedhof Halbe.

**IM ÜBRIGEN KANN EINE DEMONSTRATION VON NEONAZIS** nur verboten oder von bestimmten Auflagen abhängig gemacht werden, wenn die öffentliche Sicherheit bei Durchführung der Versammlung oder des Aufzugs unmittelbar gefährdet ist. Dafür müssen zum Zeitpunkt des Verbots konkrete Hinweise vorliegen, dass während der Versammlung Straftaten begangen werden, z. B. Volksverhetzung nach § 130 des Strafgesetzbuchs, das Mitführen von Waffen nach § 27 des Versammlungsgesetzes oder Verstoß gegen das Uniformverbot nach § 3 des Versammlungsgesetzes.

**EIN VÖLLIGES VERBOT** einer Versammlung bleibt jedoch in der Praxis vor allem bei unsicherer Beweislage für die Behörden ein schwer zu handhabendes und damit riskantes Eingriffsmittel. Wegen des bedeutenden verfassungsrechtlichen Stellenwerts des Grundrechts der Versammlungsfreiheit wird in der Regel kein versammlungsrechtliches Verbot einer rechtsextremen Demonstration in Betracht kommen, sofern nicht eine der oben aufgelisteten Voraussetzungen gegeben ist.

**ABER AUCH WENN EIN VERBOT** der Versammlung nicht möglich ist, hat die Versammlungsbehörde die Möglichkeit, eine rechtsextreme Veranstaltung wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit von Auflagen abhängig zu machen. Mögliche Auflagen sind dabei u. a. die Festsetzung einer anderen Zeit oder Ort der Versammlung – so lassen sich Assoziationen vermeiden, die die Aussage des Demonstrationsthemas

verstärken (z. B. kann eine Demonstration, die für 30. Januar, den Tag der Machtübernahme Hitlers angemeldet war, durch Auflagen auf einen anderen Tag verlegt werden). Von der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts werden Auflagen vor allem dann gebilligt, wenn damit ein besonders provokantes und aggressives Erscheinungsbild der Versammlung verhindert werden kann. So wurde in etlichen Fällen per Auflage z. B. das Tragen martialischer oder uniformähnlicher »szenetypischer« Kleidungsstücke wie Springerstiefel, Bomberjacken u. ä., das Mitführen bestimmter Flaggen oder die Benutzung von Trommeln verboten. Es können nur Anordnungen mit einem unmittelbaren Bezug zum Versammlungsrecht ergehen.

**DIE ZUSTÄNDIGE VERSAMMLUNGSBEHÖRDE** kann eine Versammlung oder einen Aufzug unter bestimmten Voraussetzungen auflösen. Dies ist nach § 15 Abs. 3 des Versammlungsgesetzes zulässig, wenn:

- die Veranstaltung nicht angemeldet ist,
- von den Angaben der Anmeldung abgewichen wird,
- von der Versammlungsbehörde gemachten Auflagen zu widergehandelt wird  
oder
- die Voraussetzungen für ein Verbot gegeben sind.

**DIESE GRÜNDE REICHEN** nach Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes aber nur dann für eine Auflösung aus, wenn sie mit einer unmittelbaren Gefährdung der öffentlichen Sicherheit verbunden sind. Ferner ist der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu wahren; so ist z. B. eine Gewalttätigkeit Einzelner nicht ausreichend, vielmehr muss für eine Auflösung eine »kollektive Unfriedlichkeit« vorliegen.



# HANDLUNGSFELD KOMMUNE

---

Die Kommune ist zum zentralen Schauplatz geworden, auf dem Rechts-extreme um gesellschaftliche Anerkennung und politischen Einfluss ringen. Das Beispiel Sachsen vor Augen wertet der Brandenburger Landesvorsitzende der NPD, Klaus Beier, die Kommunalpolitik als »sehr wertvolles Feld« für seine Partei: »Sachsen hat ja bewiesen, dass es sinnvoll ist, erst in den Kommunen verankert zu sein. Über die Kommunen kommt man dann auch in [...] die Landtage und über die Landtage in den Bundestag. Von oben nach unten wird das natürlich sehr schwierig oder ist fast aussichtslos. [...] Landesverbände werden nur dann Erfolg haben, wenn sie [...] kommunal verankert sind.« (zit. n. Robert Kneschke/ Kirstin Steffen: *Mitarbeit in der Opposition? Die Strategie der NPD im Landkreis Oder-Spree*. Hausarbeit an der FU Berlin 2005, S. 25)

**VOR DIESEM HINTERGRUND KOMMT KOMMUNALEM HANDELN** eine Schlüsselrolle in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus zu. Welche Bedeutung der Umgang mit rechtsextremen Bestrebungen auf kommunaler Ebene hat, darauf macht Stephan Loge, Landrat des Landkreises Dahme-Spreewald, aufgrund seiner langjährigen Erfahrungen mit Rechtsextremismus im Süden Brandenburgs aufmerksam: »Wenn eine Gemeinde angesichts der Versuche, rechtsextreme Handlungs- und Rückzugsräume zu etablieren, eine konsequente Haltung praktiziert, so spricht sich dies in der Szene herum, während andererseits die Wahrnehmung von Unaufmerksamkeit in diesen Kreisen über die Gemeinde hinaus anziehend wirkt und zur Entstehung rechtsextremer Zentren von regionaler und sogar überregionaler Bedeutung führen kann.« (Julius H. Schoeps, Gideon Botsch, Christoph Kopke, Lars Rensmann (Hrsg.): *Rechtsextremismus in Brandenburg*. 2007, S. 203)

**INSOERN MUSS GERADE AUF KOMMUNALER EBENE** rechtsextremen Denk- und Verhaltensweisen konsequent entgegengetreten werden, damit gar nicht erst die Situation entsteht, dass Rechtsextremismus als Teil der »Normalität« angesehen wird. In den Städten und Gemeinden wird entschieden, ob die raumgreifenden Normalisierungs-

strategien, mit denen Rechtsextreme versuchen, die gesamtgesellschaftliche Ächtung zu unterlaufen, erfolgreich sein oder scheitern werden. Dabei befinden sich die Kommunen in einem Spannungsfeld: Einerseits soll eine Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus stattfinden, dazugehört auch die Abwehr von Angriffen auf Menschenwürde und Menschenrechte sowie der Schutz öffentlicher Einrichtungen vor Missbrauch und Rechtsverletzungen. Andererseits sind Städte und Gemeinden an rechtsstaatliche Prinzipien und Grundrechte wie Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit gebunden.

**NICHT SELTEN** fühlen sich kommunale Verantwortungsträger/innen in dieser Situation überfordert. Dabei bestehen durchaus Möglichkeiten, mit verwaltungsrechtlichen Maßnahmen gegen rechtsextreme Entwicklungen in der eigenen Kommune vorzugehen. Sei es in dem Fall, dass Neonazis Immobilien kaufen, mieten oder mit Duldung der Eigentümer/innen nutzen wollen. Sei es bei dem Versuch, öffentliche Räume für Informationsveranstaltungen oder Parteitage anzumieten.

**DAS GELTENDE RECHT** bietet betroffenen Kommunen einige Handlungsmöglichkeiten, um Rechtsextremen Rückzugsräume zu nehmen oder den Zugang zu öffentlichen Einrichtungen zu verweigern. So können je nach konkreter Lage vor Ort folgende Punkte überprüft werden, sollten Rechtsextreme eine Immobilie in der Kommune erwerben wollen bzw. bereits nutzen:

- ➔ Bebauungsplan
- ➔ Bauauflagen
- ➔ Brandschutz
- ➔ Sanierungsgebiet
- ➔ Gewerbeflächen/Wohngebiet
- ➔ Vorkaufsrechte
- ➔ Eigentumsverhältnisse
- ➔ Zuwegung – öffentlich/privat
- ➔ Zuwegung Rettungswege
- ➔ Parkplätze – öffentlich/privat
- ➔ Nachbarschaftsrechte
- ➔ Lärmgutachten notwendig?
- ➔ Gaststättenerlaubnis – Auflagen

**HAUPTZIEL EINER JEDEN KOMMUNE** ist es sicherlich, im Rahmen des rechtlich Zulässigen den Missbrauch öffentlicher Räume für rechtsextreme Aktivitäten zu verhindern, d. h. entsprechende Nutzungsansprüche von vornherein abzuwehren. Dabei ist

zwischen öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Nutzungsverhältnissen zu unterscheiden, aus denen wiederum unterschiedliche Handlungsmöglichkeiten erwachsen. Oftmals werden geeignete Lokalitäten unter einer Tarnung bei den ahnungslosen Vermietern angemietet (z. B. »private Geburtstagsfeier«). Wurde der Vermieter über den wahren Nutzungszweck der Räume arglistig getäuscht und wurde der Nutzungszweck im Mietvertrag festgehalten, so kann der Vermieter den Vertrag wegen einer arglistigen Täuschung anfechten oder den Mietvertrag außerordentlich und fristlos kündigen. Auch wenn der Mietvertrag über Strohmann der Rechtsextremisten abgeschlossen wurde, lässt sich dagegen vorgehen: Denn dann würde der Strohmann das Mietobjekt unbefugt einem Dritten überlassen.

**DIE BROSCHÜRE »HANDLUNGS-RÄUME«** der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) (vgl. Anhang) bietet einen guten Überblick, wie mit rechtsextremen Anmietungsversuchen angemessen umgegangen werden kann. Dargestellt werden die grundlegenden rechtlichen Rahmenbedingungen. Durch zahlreiche Praxisbeispiele wird gezeigt, welche politischen und rechtlichen Gestaltungsräume bestehen, um solchen Anmietungsversuchen zu begegnen.

**IST EINE VERANSTALTUNG RECHTLICH NICHT ZU VERHINDERN**, bedeutet dies aber noch lange nicht, dass man dem Treiben der Rechtsextremen tatenlos zu schauen muss. Für den 8. März 2008 hatte der NPD-Stadtverband Rathenow eine Mitgliederversammlung auf dem Märkischen Platz angemeldet. Da das Versammlungsrecht über dem Marktrecht steht, konnte die Stadt die NPD-Mitgliederversammlung nicht verbieten. Die havelländische Kreisstadt zeigte gleichwohl Flagge für Demokratie und gegen Rechtsextremismus. Das Rathenower Aktionsbündnis für Toleranz und Demokratie und die Friedrich-Ebert-Stiftung luden gemeinsam ins Kulturzentrum zu einer Veranstaltung gegen Rechtsextremismus ein, an der auch Landtagspräsident Gunter Fritsch und Rathenows Bürgermeister Roland Seeger teilnahmen. Als die NPD-Anhänger/innen auf dem Märkischen Platz aufzogen, vereinten sich die Konferenzteilnehmer/innen auf der Freitreppe des Kulturzentrums. Mit Transparenten brachten sie ihre Haltung gegen Rechtsextremismus zum Ausdruck. Neben dem Eingang hatten zudem rund 30 Jugendliche Transparente enthüllt.



# WAS TUN BEI VERANSTALTUNGEN?

---

## IM VORFELD DER VERANSTALTUNG

Veranstalten Sie keine Podien und Diskussionsveranstaltungen gemeinsam mit Vertreter/innen der NPD/JN oder anderer rechtsextremer Parteien und Organisationen.

Koordinieren Sie sich als Teilnehmende im Vorfeld von Veranstaltungen mit den anderen demokratischen Parteien und Podiumsteilnehmer/innen:

- ➔ Versuchen Sie im Vorfeld darauf hinzuwirken, dass Veranstalter/innen rechtsextreme Vertreter/innen nicht einladen.
- ➔ Machen Sie deutlich, dass Sie eine Teilnahme an Podien und Veranstaltungen, zu denen auch Vertreter/innen rechtsextremer Organisationen eingeladen sind, ablehnen werden.
- ➔ Sorgen Sie dafür, dass die Ablehnung im Schulterschluss mit allen anderen Teilnehmenden geschieht.
- ➔ Verständigen Sie sich vor der Veranstaltung mit allen anderen Teilnehmenden über eine gemeinsame inhaltliche Begründung für ihre Ablehnung und geben Sie diese entweder gemeinsam oder jeweils individuell zur Kenntnis.
- ➔ Wirken Sie in der Vorbereitung gegenüber dem Veranstalter darauf hin, dass es sich insbesondere an Schulen um eine geschlossene Veranstaltung handeln sollte, die sich auf einen beschränkten Teilnehmendenkreis bestehend aus Schüler/innen, Lehrer/innen sowie eigens geladenen Gästen bezieht.

Bieten Sie gegebenenfalls an, über die NPD/JN oder andere rechtsextreme Organisationen und ihre Ideologie auf einer Veranstaltung, nicht aber mit ihnen selbst zu diskutieren. Dies ist insbesondere bei Veranstaltungen an Schulen zu empfehlen.

## WÄHREND DER VERANSTALTUNG

Sollten Sie dennoch mit Rechtsextremen und ihren Positionen konfrontiert werden:

- ➔ Seien Sie inhaltlich vorbereitet auf die zentralen rechtsextremen Argumentationsmuster und politischen Themenfelder.

- ➔ Geben Sie vor Ihrer eigentlichen Rede eine Erklärung ab, dass es nicht Ihrem Wunsch entspricht, hier gemeinsam mit rechtsextremen Organisationen zu sitzen, da sie außerhalb des demokratischen Grundkonsenses stehen.
- ➔ Gehen Sie als Moderator/in kommunikativ nicht auf deren Parolen ein. Weisen Sie diese gegenüber dem Publikum offensiv zurück, ohne sich von den rechts-extremen Akteuren in eine Diskussion verwickeln zu lassen.
- ➔ Achten Sie darauf, dass rassistische, antisemitische, sexistische, menschenverachtende und den Nationalsozialismus leugnende oder verharmlosende Äußerungen nicht unhinterfragt stehen bleiben. Widersprechen Sie aktiv!

# HAUSRECHT DURCHSETZEN

---

## **JURISTISCHE MÖGLICHKEITEN FÜR DEN AUSSCHLUSS RECHTSEXTREMER VON VERANSTALTUNGEN NUTZEN**

Für einen möglichst reibungslosen Ablauf von (Wahlkampf-)Veranstaltungen ohne rechtsextreme Besucher/innen oder Störer/innen können Sie vor allem durch eine sorgfältige Vorbereitung sorgen. Aus rechtlicher Sicht bietet Ihnen das Hausrecht Möglichkeiten, unerwünschte Personen von Veranstaltungen auszuschließen.

Für den Ausschluss von Personen auf Veranstaltungen bzw. Versammlungen gibt es nach dem Versammlungsgesetz (VersG), das auch für Veranstaltungen in geschlossenen Räumen gilt, grundsätzlich zwei Möglichkeiten:

- ➔ In der Einladung zur Veranstaltung können nach § 6 VersG bestimmte Personen oder Personenkreise von der Teilnahme ausgeschlossen werden.
- ➔ Während der Veranstaltung können nach § 11 VersG Teilnehmende, welche die Veranstaltung »gröblich stören«, von der Veranstaltungsleitung ausgeschlossen werden.

In beiden Fällen wird der Ausschluss über das Hausrecht, das die Veranstaltungsleitung inne hat, umgesetzt. Die Veranstalterin bzw. der Veranstalter kann die Leitung und damit das Hausrecht auch einer anderen Person übertragen.

Wann und wie können Sie nun von Ihrem Hausrecht effektiv Gebrauch machen?

## **VERSTÄNDIGUNG ÜBER DAS ZIEL BEREITS IN DER VORBEREITUNG**

Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Veranstaltung ist, dass sich die Veranstalter/innen über das Ziel im Rahmen der Vorbereitung verständigen. Besteht das Veranstaltungsziel darin, dass sich Initiativen und Schulen zum Umgang mit rechtsextremen Aktivitäten in ihrem Umfeld informieren oder austauschen wollen, kann dies nur in Abwesenheit von Rechtsextremisten erfolgen. In diesem Fall sollte der Teilnehmendenkreis bereits im Vorfeld eingegrenzt werden, indem gezielt nur ein bestimmter Personenkreis zur Veranstaltung eingeladen wird. Dies können zum Beispiel die Schüler/innen einer Schule oder die Mitglieder einer Initiative sein.

## **EINGRENZUNG DES TEILNEHMENDENKREISES**

**BEI ÖFFENTLICHEN VERSAMMLUNGEN** in geschlossenen Räumen eröffnen Grund- und Versammlungsgesetz die Möglichkeit, bestimmte Personen auszuschließen (s. o.). Davon sollten Veranstalter/innen konsequent Gebrauch machen. Bereits in der Einladung (in Briefen, E-Mails) und in öffentlichen Ankündigungen müssen Sie darauf hinweisen, dass die betreffenden Personen (Rechtsextreme) nicht erwünscht sind. Die Ausschlussklausel könnte wie folgt lauten:

»Die Veranstaltenden behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder von dieser auszuschließen«

**IST EIN SOLCHER AUSSCHLUSS** bereits in der Einladung erfolgt, kann die Veranstaltungsleitung die ausgeschlossenen Personen daran hindern, an der Veranstaltung teilzunehmen. Wollen sie den Veranstaltungsort dennoch betreten, kann die Veranstaltungsleitung mithilfe der Polizei die unerwünschten Personen vom Veranstaltungsort entfernen lassen.

## **VERSTECKSPIEL AUFLÖSEN**

**UM RECHTSEXTREME AUSZUSCHLIESSEN**, muss man sie als solche erkennen. Die Zeiten, in denen Bomberjacke, Glatze und Springerstiefel eindeutige Erkennungsmerkmale waren, sind lange vorbei. Wer sich nicht sicher ist, sollte sich szenekundige Unterstützung holen. Initiativen, Einzelpersonen und andere Akteure, die sich mit der Problematik des Rechtsextremismus befassen und selbst Veranstaltungen gegen Rechtsextremismus organisieren, kennen sowohl die rechtsextreme Symbolik als auch jene Personen, die in der rechtsextremen Szene besonders aktiv sind, und können den Ordner/innen am Einlass die entsprechenden Hinweise geben.

## **AUSSCHLIESSEN VON STÖRERN**

**NACH § 11 VERSG** kann die Veranstaltungsleiterin bzw. der Veranstaltungsleiter Teilnehmende, welche die Ordnung gröblich stören, von der Veranstaltung ausschließen (Abs.1). Eine »gröbliche Störung der Versammlungsordnung« ist gegeben, wenn die Störung »nach Form und Inhalt des Verhaltens besonders schwer empfunden wird«.

Das subjektive Bedrohungsgefühl von (potenziellen) Opfergruppen kann eventuell dieses Kriterium erfüllen. Auch die Veränderung des Versammlungscharakters durch Wortgreifung ist möglicherweise eine gröbliche Störung der Versammlungsordnung.

**»WER AUS DER VERSAMMLUNG AUSGESCHLOSSEN WIRD**, hat sie sofort zu verlassen.« Sollten die unerwünschten Personen nach entsprechender Aufforderung den Veranstaltungsort nicht verlassen, muss die Polizei zu Hilfe geholt werden. Ein zwangsweiser Ausschluss von der Versammlung kann ausschließlich durch die Polizei vollzogen werden. Personen, die Waffen bei sich führen, müssen von dem Versammlungsleitenden ausgeschlossen werden.

**DIES GILT GEGEBENENFALLS AUCH FÜR TEILNEHMENDE**, die gegen Strafgesetze verstoßen, die ein »von Amts wegen zu verfolgendes Vergehen zum Gegenstand haben« oder dazu aufrufen (Zeigen verfassungswidriger Kennzeichen, Volksverhetzung, Körperverletzung, etc.), wenn sie dieses Verhalten trotz Abmahnung fortsetzen.

# CHECKLISTE

## FÜR DAS GELINGEN VON VERANSTALTUNGEN IN GESCHLOSSENEN RÄUMEN

---

### VORBEREITUNG DER VERANSTALTUNG

- ➔ Klären Sie, wer das Hausrecht hat. Grundsätzlich hat die Veranstaltungsleiterin bzw. der Veranstaltungsleiter das Hausrecht, kann dieses aber an Dritte übertragen.
- ➔ Verschaffen Sie sich Klarheit über Ziel und Zielgruppe sowie Art der Veranstaltung (öffentlich oder geschlossen).
- ➔ Schließen Sie nach Möglichkeit Rechtsextreme bereits in der Einladung (Flyer, Plakate, Briefe etc.) aus.
- ➔ Geben Sie erst eine Pressemitteilung heraus, wenn Sie sicher sind, dass die Veranstaltung öffentlich bleiben soll.
- ➔ Suchen Sie im Vorfeld von öffentlichen politischen Veranstaltungen den Kontakt zur Polizei und besprechen Sie Szenarien/Strategien (Sicherheitspartnerschaft). Lassen Sie sich für den Zeitraum der Veranstaltung von der Polizei die zuständigen Ansprechpartner/innen mit eigener Telefonnummer (nicht 110) geben.
- ➔ Die Veranstaltungsleiterin oder der Veranstaltungsleiter kann darauf bestehen, dass Polizei vor Ort ist, um die Veranstaltung zu schützen.
- ➔ Bemühen Sie sich um einen Ordnungsdienst, der sowohl örtlich als auch über-regional agierende Rechtsextreme kennt. Holen Sie dazu rechtzeitig Unterstützung von szenekundigen Institutionen.
- ➔ Besetzen Sie den Einlassbereich rechtzeitig vor Veranstaltungsbeginn mit einer ausreichenden Anzahl von Personen bzw. Ordner/innen.
- ➔ Bitten Sie Teilnehmer/innen aus den eigenen Kreisen, schon früher als offiziell bekannt gegeben zur Veranstaltung zu erscheinen.
- ➔ Besetzen Sie wichtige Plätze und Positionen (erste und letzte Stuhlreihe, Plätze an Gängen, Türen, Bühnenaufgängen, Saalmikrofonen, Lichtschaltern u. ä.) rechtzeitig vor Beginn der Veranstaltung mit Ihnen bekannten Personen.
- ➔ Verhindern Sie das Eindringen von unerwünschten Personen – gewaltfrei, aber konsequent.
- ➔ Sprechen Sie (bei Veranstaltungen in geschlossenen Räumen) den unerwünschten Personen Hausverbot aus.

## DURCHFÜHRUNG DER VERANSTALTUNG

- Stellen Sie klare und transparente Diskussionsregeln auf (Antidiskriminierungsregel).
- Stellen Sie Transparenz über die Kriterien eines Ausschlusses her.
- Lassen Sie das Saalmikrofon von einer HelferIn oder einem Helfer bzw. einer Ordnerin oder einem Ordner halten (gegebenenfalls an einer Verlängerungsstange) und geben Sie es nicht aus der Hand.
- Legen Sie zu Beginn der Veranstaltung fest, ob fotografiert oder gefilmt werden darf – und wenn ja, von wem.
- Achten Sie darauf, dass Redner/innen und Veranstaltungsleitung jederzeit Kontakt miteinander halten und die Veranstaltung überblicken können. So können Sie unmittelbar auf Störungen reagieren und gegebenenfalls die Polizei informieren.
- Unterbinden Sie diskriminierende (rassistische, antisemitische, sexistische) Äußerungen (Mikrofonanlage mit einer Technikerin oder Techniker besetzen).
- Bitten Sie auf keinen Fall Rechtsextreme auf das Podium, bzw. bieten Sie diesen nie ein Podium (keine langen Monologe ermöglichen).
- Sollten sich Personen psychisch bzw. physisch bedroht fühlen, greifen Sie ein, nötigenfalls in Absprache mit der Polizei oder den Ordner/innen.
- Nehmen doch Rechtsextreme an der Veranstaltung teil oder outet sich einer erst in der »Wortergreifung«, darf das nie unwidersprochen bleiben. Auch das müssen Sie vorher organisieren und gegebenenfalls üben.
- Begleiten Sie gefährdete Personen (bekannte Antifaschist/innen, Personen, die aufgrund ihrer politischen oder journalistischen Tätigkeit gefährdet sind, Migrant/innen etc.) gegebenenfalls auf ihrem Weg von der Veranstaltung nach Hause.



# LITERATUR

---

Agentur für soziale Perspektiven (Hrsg.): **DAS VERSTECKSPIEL. LIFESTYLE, SYMBOLE UND CODES VON NEONAZISTISCHEN UND EXTREM RECHTEN GRUPPEN.** 6., aktual. Aufl., Berlin 2006

Argumente & Kultur gegen Rechts e.V. (Hrsg.): **ARGUMENTATIONSHILFE GEGEN DIE NEU-AUFLAGE DER »SCHULHOF-CD« DER NPD.** Online im Internet: [www.asterex.de/images/material/argumente-gegen-mpd-cd-2006.pdf](http://www.asterex.de/images/material/argumente-gegen-mpd-cd-2006.pdf)

Evang. Kirche Berlin-Brandenburg-Schlesische Oberlausitz (Hrsg.): **HINSEHEN-WAHR-NEHMEN-ANSPRECHEN,** Berlin 2008

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR)/Netzwerkstellen [moskito] und Licht-Blicke/apabiz e.V (Hrsg.): **WIR HABEN DIE WAHL! EMPFEHLUNGEN ZUM UMGANG MIT RECHTSEXTREMEN ORGANISATIONEN IM WAHLKAMPF,** Berlin 2006 Online im Internet: <http://www.mbr-berlin.de/Materialien/94.html>

Röpke, Andrea: **FERIEN IM FÜHRERBUNKER. DIE NEONAZISTISCHE KINDERERZIEHUNG DER »HEIMATTREUEN DEUTSCHEN JUGEND (HDJ). **Braunschweig 2007****

Röpke, Andrea/Speit, Andreas (Hrsg.): **BRAUNE KAMERADSCHAFTEN: DIE MILITANTEN NEONAZIS IM SCHATTEN DER NPD.** 2., aktual. Aufl., Berlin 2005

Schoeps, Julius H./Botsch, Gideon/Kopke, Christoph/Rensmann, Lars (Hrsg.): **RECHTSEXTREMISMUS IN BRANDENBURG. HANDBUCH FÜR ANALYSE, PRÄVENTION UND INTERVENTION.** Berlin 2007

Staud, Toralf: **MODERNE NAZIS. DIE NEUEN RECHTEN UND DER AUFSTIEG DER NPD.** 3. Aufl., Köln 2006

Stöss, Richard: **RECHTSEXTREMISMUS IM WANDEL.** Berlin 2004

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (Hrsg.): **HANDLUNGS-RÄUME. UMGANG MIT RECHTSEXTREMEN ANMIETUNGSVERSUCHEN VON ÖFFENTLICH-RECHTLICHEN VERANSTALTUNGSRÄUMEN.** Berlin 2008

Virchow, Fabian/Dornbusch, Christian (Hrsg.): **88 FRAGEN UND ANTWORTEN ZUR NPD. WELTANSCHAUUNG, STRATEGIE UND AUFTRETEN EINER RECHTSPARTEI - UND WAS DEMOKRATEN DAGEGEN TUN KÖNNEN.** Schwalbach/Ts. 2008

# ADRESSEN

---

## **AKTIONSBÜNDNIS GEGEN GEWALT, RECHTSEXTREMISMUS UND FREMDENFEINDLICHKEIT**

Geschäftsstelle im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport

Heinrich-Mann-Allee 107

14473 Potsdam

Tel.: 0331 8663570

Fax: 0331 8663574

[aktionsbuendnis@mbjs.brandenburg.de](mailto:aktionsbuendnis@mbjs.brandenburg.de)

[www.aktionsbuendnis.brandenburg.de](http://www.aktionsbuendnis.brandenburg.de)

## **BRANDENBURGISCHE LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG**

Heinrich-Mann-Allee 107

14473 Potsdam

Tel.: 0331 8663541

Fax: 0331 8663544

[info@blzpb.brandenburg.de](mailto:info@blzpb.brandenburg.de)

[www.politische-bildung-brandenburg.de](http://www.politische-bildung-brandenburg.de)

## **LANDESPRÄVENTIONSRAT BRANDENBURG**

Geschäftsstelle im Ministerium des Innern

Henning-von-Tresckow-Straße 9-13

14467 Potsdam

Tel.: 0331 8662488

Fax: 0331 8662860

[lpr@mi.brandenburg.de](mailto:lpr@mi.brandenburg.de)

[www.sicherheitsoffensive.brandenburg.de](http://www.sicherheitsoffensive.brandenburg.de)

## **DEMOS - BRANDENBURGISCHES INSTITUT FÜR GEMEINWESENBERATUNG**

Benzstraße 11-12

14482 Potsdam

Tel.: 0331 7406246

Fax: 0331 7406247

[www.gemeinwesenberatung-demos.de](http://www.gemeinwesenberatung-demos.de)

[www.mobiles-beratungsteam.de](http://www.mobiles-beratungsteam.de)

**MOBILES BERATUNGSTEAM ANGERMÜNDE**

Landkreis Barnim und Uckermark  
Berliner Straße 77  
16278 Angermünde  
Tel.: 03331 299980  
Fax: 03331 299981  
mbt-angermuede@BIG-demos.de

**MOBILES BERATUNGSTEAM COTTBUS**

Landkreis Elbe-Elster, Oberspreewald-Lausitz, Spree-Neiße sowie die Stadt Cottbus  
Friedensplatz 6  
03058 Cottbus  
Tel.: 0355 4302441  
Fax: 0355 4993750  
mbt-cottbus@BIG-demos.de

**MOBILES BERATUNGSTEAM FRANKFURT (ODER)**

Landkreis Märkisch-Oderland und Oder-Spree sowie die Stadt  
Frankfurt (Oder)  
Große Oderstraße 26-27  
15230 Frankfurt (Oder)  
Tel.: 0335 5009664  
Fax: 0335 5009665  
mbt-ff@BIG-demos.de

**MOBILES BERATUNGSTEAM NEURUPPIN**

Landkreis Prignitz, Ostprignitz-Ruppin und Oberhavel  
Rudolf-Breitscheid-Straße 38  
16816 Neuruppin  
Tel.: 03391 359189  
Fax: 03391 659332  
mbt-neuruppin@BIG-demos.de

**MOBILES BERATUNGSTEAM POTSDAM**

Landkreis Potsdam-Mittelmark und Havelland sowie die kreisfreien Städte  
Brandenburg/Havel und Potsdam  
Stephensonstraße 23  
14482 Potsdam  
Tel.: 0331 5058883  
Fax: 0331 5058884  
mbt-potsdam@BIG-demos.de

**MOBILES BERATUNGSTEAM TREBBIN**

Landkreis Teltow-Fläming und Dahme-Spreewald

Kirchplatz 4

14959 Trebbin

Tel.: 033731 32909

Fax: 033731 32908

mbt-trebbin@BIG-demos.de

**MOBILE BERATUNG GEGEN RECHTSEXTREMISMUS BERLIN (MBR)**

Chausseestraße 29

10115 Berlin

Tel.: 030 24045430

Fax: 030 24045319

info@mbr-berlin.de

www.mbr-berlin.de

**MOSES MENDELSSOHN ZENTRUM**

Am Neuen Markt 8

14467 Potsdam

Tel.: 0331 280940

Fax: 0331 2809450

moses@mmz.uni-potsdam.de

<http://www.mmz-potsdam.de>

**OPFERPERSPEKTIVE E. V.**

Rudolf-Breitscheid-Straße 164

14482 Potsdam

Tel.: 0331 8170000

Mobil: 0171 1935669

info@opferperspektive.de

[www.opferperspektive.de](http://www.opferperspektive.de)

**RAA BRANDENBURG****DEMOKRATIE UND INTEGRATION BRANDENBURG E. V.**

Benzstraße 11-12

14482 Potsdam

Tel.: 0331 747800

Fax: 0331 7478020

info@raa-brandenburg.de

[www.raa-brandenburg.de](http://www.raa-brandenburg.de)

# AUSWAHL INFORMATIVER INTERNETANGEBOTE

---

Die **AGENTUR FÜR SOZIALE PERSPEKTIVEN E. V.** (ASP e.V.) unterstützt jugendliches Engagement gegen rechte Jugendkulturen.

<http://www.aspberlin.de>

Das **ANTIFASCHISTISCHES PRESSEARCHIV UND BILDUNGSZENTRUM BERLIN E. V.** (apabiz) fördert und vernetzt Initiativen gegen Rassismus, Antisemitismus und Neofaschismus. Das Angebot richtet sich an alle, die mit rechtsextremer Gewalt, neofaschistischer Organisation, rassistischen Übergriffen oder der Verbreitung von völkischen und menschenverachtenden Ideologien konfrontiert sind.

<http://www.apabiz.de>

Die **BRANDENBURGISCHE LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG** hat im Internet eine Sonderseite zur Kommunalwahl zusammengestellt. Hier sind unter der Rubrik »Auseinandersetzungen in Wahlzeiten« neben aktuellen Veranstaltungshinweisen Informationen über die Strategie und Taktik rechtsextremer Parteien in Brandenburg zu finden.

<http://www.politische-bildung-brandenburg.de/kommunal/wahlen/index.htm>

**BLICK NACH RECHTS** ist ein Informationsdienst für alle, die sich gegen Rechtsextremismus und gegen rechte Gewalt, gegen Neonazis, gegen Rassismus und Antisemitismus stellen. Der »blick nach rechts« beobachtet die rechte Szene und ihre Ränder in Deutschland und im Ausland. Er informiert über aktuelle Entwicklungen und zeigt Hintergründe auf.

<http://www.bnr.de>

**DER RECHTE RAND** erscheint seit 1989 regelmäßig. Alle zwei Monate berichten die Autor/innen über aktuelle Ereignisse im politisch rechten Lager, nennen dort aktive Namen und Organisationen, beleuchten Verbindungen und geben Entwicklungsprognosen ab. Die Homepage ist ein zusätzlicher Service.

<http://www.der-rechte-rand.de>

**INFORIOT** ist ein unabhängiges Infosystem für alternative Politik und Kultur im Land Brandenburg. Es berichtet aktuell und ausführlich über antifaschistische Aktivitäten in Brandenburg.

<http://www.inforiot.de>

**MUT GEGEN RECHTE GEWALT** heißt ein tagesaktuelles Internetportal, das bundesweit über Rechtsextremismus informiert, aufklärt und berät und zugleich auf Vorbilder hinweist, die anschaulich machen, wie es möglich ist, rechte Gewalt, Rassismus und auch Antisemitismus gewaltfrei zurückzudrängen.

<http://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de>

**REDOK** ist ein Projekt, das sich mit Recherchen und Berichten zu Themen vor allem aus den Bereichen Rechtsextremismus, Rassismus, Neonazismus und Antisemitismus befasst. Dabei konzentriert sich redok auf Deutschland und den deutschen Sprachraum, verliert aber auch andere Länder nicht aus den Augen.

<http://www.redok.de>

**TURN IST DOWN** nennt sich eine Internetplattform, deren Macher sich gegen Rechtsrock und für linke und alternative Musik und Kultur einsetzen. Turn it down will die Vernetzung all derer voran bringen, die keine Nazis in ihrer Szene haben wollen. Das Konzept von Turn it down setzt auf aktive Beteiligung und Nutzung all derer, die sich in ihrer Arbeit oder ihrer Freizeit engagieren.

<http://www.turnitdown.de/veranstaltungen.html>

**DAS VERSTECKSPIEL** informiert über die Übernahme und Verfremdung linker Symbolik durch und die Benutzung von Codes und Abkürzungen von Rechten. Diese Homepage trägt dazu bei, die Lebenswelt, Funktionsweise und Dynamik extrem rechter Orientierung verständlich zu machen.

<http://www.dasversteckspiel.de>

## KEIN BOCK AUF NAZIS

Gezielt an Schüler/innen und Jugendliche richtet sich die Kampagne »Kein Bock auf Nazis«. Im Jahr 2006 erschien in diesem Rahmen eine gleichnamige DVD in einer Auflage von 80.000 Stück, die kostenlos verteilt wurde. Im Jahr darauf begann die Herausgabe einer Schülerzeitung unter demselben Titel. Die Zeitung ist achtseitig, komplett farbig, das Layout sehr ansprechend. Sie eignet sich zum Beispiel zum Verteilen und Auslegen in Schulen und Jugendklubs, kann aber auch für Projekttag oder bei verschiedenen Jugendveranstaltungen genutzt werden. Die Texte der Zeitung stehen auch regulären Schülerzeitungen zur Verfügung, denen die Beiträge zum Abdrucken angeboten sind. Weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten sind hier zu finden: <http://www.keinbockaufnazis.de>



## PLAKATE

Das Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit hat eine Plakatreihe aufgelegt, die kostenlos in der Geschäftsstelle erhältlich ist. Mit den verschiedenen Plakaten können eigene Veranstaltungen angekündigt werden; sie eignen sich aber auch dazu, sichtbar vor Ort Stellung gegen Rechtsextremismus zu beziehen. Das Aktionsbündnis bietet diesen Service, damit es vor Ort nicht an Plakaten fehlt, und freut sich, wenn die Plakate in Brandenburg reichlich Verwendung finden.





# MITGLIEDER DES AKTIONSBÜNDNISSES

---

**LANDESWEITE ORGANISATIONEN IN BRANDENBURG:** AndersARTIG e. V. – Antirassistisches Jugendbündnis Aktion Noteingang – Beirat zur Umsetzung des Lokalen Aktionsplanes für Toleranz und Demokratie, gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit für die Landeshauptstadt Potsdam – Berlin-Brandenburgische Auslandsgesellschaft e. V. – Bürgerstiftung Barnim-Uckermark – Bundeswehr Standort Potsdam – Deutscher Gewerkschaftsbund Berlin-Brandenburg – Deutscher Journalistenverband – Deutscher Mieterbund, Mieterbund Brandenburg e. V. – Deutscher Richterbund, Bund der Richter und Staatsanwälte – Die Ausländerbeauftragte des Landes Brandenburg – DOMOWINA, Regionalverband Niederlausitz – Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg – Erzbistum Berlin der Römisch-Katholischen Kirche – Flüchtlingsrat – Handwerkskammer Potsdam – Humanistischer Verband Berlin-Brandenburg – Industrie- und Handelskammer Frankfurt/O. – Jüdische Gemeinde – Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Ausländerbeauftragten – Landesarbeitsgemeinschaft soziokulturelle Zentren – Landesarbeitsgemeinschaft für politisch-kulturelle Bildung – Landesarbeitsgemeinschaft kulturpädagogische Einrichtungen – Landesbauernverband – Landesjugendring e. V. – Landesrat der Lehrkräfte – Landesrat der Eltern – Landesrektorenkonferenz – Landesschülerrat – Landessportbund – Landkreistag – Liga der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege – Opferperspektive e. V. – Regionale Arbeitsstellen für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule e. V. – Seniorenrat – Städte- und Gemeindebund – Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten – Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg

**LOKALE INITIATIVEN:** Aktionsbündnis gegen Heldengedenken und Naziaufmärsche in Halbe – Beirat zur Umsetzung des Lokalen Aktionsplanes für Toleranz und Demokratie, gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit für die Landeshauptstadt Potsdam – Bündnis gegen Rechts Falkensee – Cottbuser Aufbruch – Finsterwalder Aktionsbündnis für Menschlichkeit und Toleranz – Forum gegen Rassismus und rechte Gewalt Oranienburg – Netzwerk für ein tolerantes Eberswalde – Nordbahngemeinden mit Courage – Plattform gegen Rechts Frankfurt/Oder – Plattform gegen Rechts Fürstenwalde – Runder Tisch Forst – Runder Tisch für Ausländer gegen Gewalt, Spremberg – Werderaner Bündnis KURAGE für Kulturaustausch, gegen Rassismus und Gewalt – Wittstock gegen Rechts **EINZELPERSÖNLICHKEITEN:** Uta Leichsenring – Erardo Cristoforo Rautenberg – Christoph Schroth – Hans-Jürgen Wende

# IMPRESSUM

---

## **AKTIONSBÜNDNIS GEGEN GEWALT, RECHTSEXTREMISMUS UND FREMDENFEINDLICHKEIT**

Geschäftsstelle im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport

**Heinrich-Mann-Allee 107**

**14473 Potsdam**

**Tel.: 0331 8663570**

**Fax: 0331 8663574**

aktionsbuendnis@mbjs.brandenburg.de

www.aktionsbuendnis.brandenburg.de

1. Auflage 2008

Redaktion: Martin Beck, Anna Spangenberg

Gestaltung: FLMH

Bildnachweise: S2: flickr.com/thopex - S6: fotolia.com/weimar - S10: photocase.com/storch0 - S14: photocase.com/chris1977 - S22: flickr.com/elmada - S26: photocase.com/kallejipp - S34: flickr.com/webinteger - S42: flickr.com/gertrudk

Das landesweite Aktionsbündnis ist Partner des Handlungskonzeptes »Tolerantes Brandenburg« der Landesregierung.

Eine Handreichung auf der Basis von: »Wir haben die Wahl! Empfehlungen zum Umgang mit rechtsextremen Organisationen im Wahlkampf«, herausgegeben von der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR), den Berliner Netzwerkstellen [moskito] und Licht-Blicke sowie dem Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e. V., und der Broschüre »Streiten mit Nazis. Zum Umgang mit öffentlichen Auftritten von Rechtsextremisten« der Arbeitsstelle Rechtsextremismus des Vereins Miteinander e. V.

# WAS DEMOKRATEN GEGEN RECHTSEXTREME TUN KÖNNEN

← An dieser Stelle finde Sie bei Bedarf aktuelle Informationen und Hinweise auf Veranstaltungen. Für Anregungen freuen wir uns. Bitte wenden Sie sich dafür an die Geschäftsstelle des Aktionsbündnisses gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. ←



Diese Handreichung will dazu ermutigen, sich offensiv mit den Inhalten der extremen Rechten auseinanderzusetzen, ihnen differenziert entgegenzutreten und sich der Mittel bewusst zu werden, die Demokrat/innen dabei zur Verfügung stehen. Sie wendet sich an alle, die daran interessiert sind, demokratische Kultur und Werte zu verteidigen, beispielsweise an Kommunalpolitiker/innen, Sozialarbeiter/innen, engagierte Bürger/innen und Behörden.



## **HANDREICHUNGEN ZUM HANDELN**

**AKTIONSBÜNDNIS GEGEN GEWALT, RECHTSEXTREMISMUS UND FREMDENFEINDLICHKEIT (HRSG.)**